

## **Antrag zum Gründungsparteitag von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG**

### **Tagesordnungspunkt: Satzung**

Antragsteller: Alexander Plitsch

Beantragt wird, die Satzung in Paragraph 9 um einen Punkt 10 zu ergänzen, der wie folgt lautet:

Die Amtszeit des auf dem Gründungsparteitag der Partei gewählten ersten Parteivorstandes dauert ausnahmsweise nicht zwei Jahre, sondern lediglich bis zum folgenden Parteitag, der spätestens nach Ablauf von vier Monaten stattfinden muss.

#### **Begründung:**

Aus mehreren Gründen ist es sinnvoll, schon auf einem zweiten Parteitag im Sommer, der ohnehin zur Verabschiedung des Wahlprogramms stattfinden soll, den Bundesvorstand neu zu wählen (oder auch den Gründungsvorstand in Teilen oder komplett) zu bestätigen:

- So entsteht eine Art Probezeit: So frisch am Anfang kennen die meisten von uns einander noch nicht persönlich, der Weg der Partei ist noch so ungewiss, vieles ist noch unklar. Da ist es beruhigend und vertrauensstiftend, dass ein erster Vorstand nicht gleich für zwei Jahre gewählt wird
- Es entspricht dem Prinzip der agilen und lernenden Organisation: In einer so frühen und unsicheren Phase ist es stets klug, kleine Schritte zu gehen - schon im Sommer können wir personell und strukturell und satzungstechnisch aus den ersten Monaten lernen und Schlüsse ziehen
- Bis zum Sommer werden wir hoffentlich gewachsen und bekannter sein: Da ist es nur angemessen, einen Vorstand durch die dann größere Partei in einer größeren Öffentlichkeit neu zu legitimieren.

#### **Änderungsantrag Jörg Rupp:**

Die Amtszeit des auf dem Gründungsparteitag der Partei gewählten ersten Parteivorstandes dauert ausnahmsweise nicht zwei Jahre, sondern lediglich bis spätestens zur konstituierenden Sitzung des im Herbst gewählten Bundestags. Diese Regelung gilt auch für die Landesvorstände.

#### **Begründung:**

Damit können Menschen, die sich gerne in die Aufbauarbeit der Landesverbände an verantwortlicher Position einbringen möchten, sich auch selbst als Kandidaten zur Bundestagswahl bewerben. Nach der Wahl, sofern wir +5% erreichen, wird in vielen



Bereichen eine Neuaufstellung notwendig, denn es geht ja nicht nur um Mandate, sondern es werden auch schon DiB-erfahrene Menschen als Mitarbeiter/innen gebraucht. So stellen wir sicher, dass Menschen, die sich stark engagieren möchten und sich für ein Mandat oder eine Beschäftigung anschließend interessieren, nicht von Vorstandsämtern ausgeschlossen werden - aber wir stellen auch sicher, dass Mandatsträger und Beschäftigte nicht anschließend in ihrem Sinne großen Einfluss auf die Landesverbände ausüben.

